das schon deswegen Warencharakter erhält, weil seine Offenbarung dem Auftraggeber und nur diesem geschuldet ist.

Anders ist dies bei wissenschaftlich-technischen Ergebnissen, die für den Austausch produziert werden. Im Gegensatz zur wissenschaftlich-technischen Leistung ist der Warencharakter dieser Ergebnisse im wesentlichen nicht gesichert. Das Patentrecht der DDR geht im Gegenteil davon aus, daß das patentierte wissenschaftlich-technische Ergebnis keine Ware ist und prinzipiell allen potentiellen Nutzern kostenlos zur Verfügung steht. Diese Konzeption läßt den Austausch als Ware nicht zu, es sei denn, daß zu systemfremden Lösungen gegriffen wird, wie dies teilweise durch die Nachnutzungsanordnung geschieht. Es ist eine rechtlich beachtliche Besonderheit des wissenschaftlich-technischen Ergebnisses als geistige Schöpfung, daß ihr durch die Rechtsordnung der Tauschwert verliehen, aber auch vorenthalten werden kann. Ein offenbartes wissenschaftlich-technisches Ergebnis ist — wenn davon abgesehen wird, daß ihm zumeist auch noch ein nicht offenbartes „Know how“ zugehörig ist — durch jeden Dritten der Nutzung zugänglich, sofern die Rechtsordnung dem Erfinder nicht ein Ausschließungsrecht einräumt. Dieses Ausschließungsrecht, das den Tauschwert des gebrauchsfähigen wissenschaftlich-technischen Erzeugnisses sichert, gewährleistet damit dessen Warencharakter. Dies war und ist trotz aller Verschleiierungen in der Diktion bürgerlicher Patentgesetze und durch die bürgerliche Wissenschaft deren eigentliches Anliegen. Das zeigt sich vor allem darin, daß als ein wesentliches Merkmal für eine patentfähige Erfindung die gewerbliche Verwertbarkeit vorliegen muß, und das bedeutet doch wohl, daß entweder mit dieser Erfindung Waren produziert werden können oder diese selbst als Ware verwertbar ist.

Auch in der warenproduzierenden sozialistischen Gesellschaft muß es das Anliegen des Patentrechts sein, den Warencharakter wissenschaftlich-technischer Ergebnisse zu sichern, allerdings in wesentlicher Modifizierung. Auch hier muß ein Eigentümer, Inhaber, Verfügungsberechtigter oder sonst Befugter die Ware wissenschaftlich-technisches Ergebnis auf den Markt bringen. Wenn davon ausgegangen wird, daß ein Schutzsystem für wissenschaftlich-technische Ergebnisse notwendig ist, um deren Warencharakter zu sichern, so wird die Frage nach der Verfügungsmacht über ein wissenschaftlich-technisches Ergebnis zum Angelpunkt für die Konzeption eines sozialistischen Erfinder- und Patentrechts überhaupt. Das bestehende Patentrecht geht davon aus, daß der Erfinder der Inhaber des Patents ist, wenn auch seine Rechte so reduziert sind, daß seine Inhaberschaft fast zur Fiktion wird. Sicher ist aber weiter, daß die Verfügungsmacht weder ihm noch dem Kollektiv zusteht, innerhalb dessen das wissenschaftlich-technische Ergebnis erarbeitet worden ist. Der Betrieb ist nicht Inhaber des Patents. Er müßte es jedoch aus vielerlei Gründen sein: einmal, weil sich die Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der wissenschaftlich-technischen Revolution so geändert hat, daß, wie bereits bemerkt, bedeutsame wissenschaftlich-technische Ergebnisse nur noch in großangelegter, organisierter, erhebliche finanzielle und materielle Mittel verschlingender Gemeinschaftsarbeit erreichbar sind. Der Einzelerfinder kann daher nicht mehr der Prototyp für ein modernes sozialistisches Patentrecht sein. Zum anderen kann dem Erfinder nicht mehr die Verfügungsmacht über ein in derartiger Weise erzieltes wissenschaftlich-technisches Ergebnis zugestanden werden, schon deshalb nicht, weil wissenschaftlich-technische Ergebnisse zunehmend die planmäßige proportionale Entwicklung beeinflussen. Die Entscheidungen über wissenschaftlich-technische Ergebnisse, angefangen von der Entscheidung über die